

Frau Dr. Bettina Warnecke
Bürgermeisterin der Stadt Haan

Herrn Vincent Endereß
Vorsitzender des Ausschusses
für Umwelt und Mobilität

per Mail

RATSFRAKTION HAAN

Kaiserstr.13
42781 Haan

Tel.: 02129 4622

Mail: spd-haan@t-online.de

Internet: www.spd-haan.de

Haan, 19.12.2022

ABSCHAFFUNG DER STRASSENAUSBAUBEITRÄGE

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Endereß,

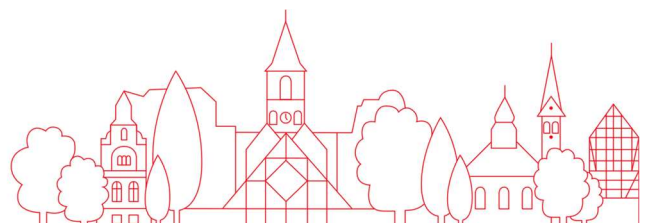
für die kommende Sitzung des UMA am 24. Januar 2023 beantragt die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Haan einen Tagesordnungspunkt „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“. Darin beraten werden soll die beiliegende Resolution, die dem Rat zur Annahme empfohlen werden soll.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Stracke
(Fraktionsvorsitzender)

gez. Jörg Dürr
(Sprecher im UMA)



Entwurf für eine Resolution des Rates der Stadt Haan

Straßenausbaubeiträge endgültig abschaffen

Das Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) verpflichtet die Städte und Gemeinden in NRW Beiträge bei einer Straßensanierung zu erheben. An dieser rechtlichen Verpflichtung hat sich auch nichts durch die Einführung eines Förderprogramms geändert.

Der Landtag hat die Landesregierung im März 2022 aufgefordert, bis zum 30. Juni 2022 ein Konzept zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorzulegen. Dieser Verpflichtung ist die Landesregierung bisher nicht nachgekommen. Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen sieht ebenfalls eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vor.

Die derzeitige Rechtslage verpflichtet die Kommunen, weiter aufwändige Verwaltungsverfahren zur Ermittlung der Beiträge zu betreiben. Dies ist selbst bei einer Förderfähigkeit der Maßnahme erforderlich und stellt insoweit einen ergebnislosen Verwaltungsaufwand dar, da die Beitragsbescheide dann keine Forderung enthalten. Hinzu tritt nun zusätzlich der Aufwand für die Beantragung und Abwicklung des Förderprogramms.

Das Förderprogramm umfasst jedoch nicht alle Sanierungsmaßnahmen. Die Städte und Gemeinden bleiben weiter verpflichtet, Beitragsbescheide für Maßnahmen an Anliegerinnen und Anlieger zu verschicken, deren Beschluss vor dem 1. Januar 2018 erfolgt ist. Es werden demnach nicht alle Anliegerinnen und Anlieger von den Straßenausbaubeiträgen entlastet.

Für Anliegerinnen und Anlieger sowie für Städte und Gemeinden besteht selbst bei einer grundsätzlichen Förderfähigkeit der Maßnahme keine Planungs- und Rechtssicherheit. Es besteht zum einen kein Anspruch auf eine Förderung und zum anderen ist aufgrund der nicht gesetzlichen Ausgestaltung des Programms ein das Haushaltsjahr übergreifender Bestand des Programms nicht garantiert.

Der Rat der Stadt Haan fordert daher die Landesregierung auf, die Straßenausbaubeiträge im KAG abzuschaffen und den Kommunen die Einnahmeausfälle aus dem Landeshaushalt zu ersetzen. Bis dahin ist das Förderprogramm dergestalt anzupassen, dass auch Maßnahmen förderfähig sind, für die noch keine Bescheide bestandskräftig festgesetzt wurden.

SPD RATSFRAKTION HAAN

Kaiserstr. 13 | 42781 Haan

Tel.: 02129 4622 | spd-haan@t-online.de | www.spd-haan.de

Vorsitzender: Bernd Stracke | Vertreter: Jens Niklaus

Geschäftsführer: Walter Drennhaus | Pressesprecher: Martin Haesen

